



**Jusos Brüssel / Jusos Brussels**  
AG Prekär / Working Group Precarious  
prekaer@yahoooroups.com

Juli 2012 / July 2012  
Originalversion: deutsch

## **Positionspapier Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Arbeit**

Jugendarbeitslosigkeit ist in Europa zu einem Massenphänomen und somit zu einem fundamentalen Problem europäischer Gesellschaften geworden. Etwa 5,5 Millionen junge Menschen in ganz Europa haben derzeit keine Arbeit. Deutschland wird zwar im europäischen Vergleich häufig als positives Beispiel genannt. Doch das ändert nichts an der Tatsache, dass auch in Deutschland immer mehr junge Berufseinsteiger unter prekären Bedingungen arbeiten müssen.

Arbeitsverhältnisse sind dann **prekär**, wenn Arbeitsverträge befristet bzw. nicht auf Dauer angelegt sind, zu keinem existenzsichernden Einkommen führen und die unter diesen Bedingungen Beschäftigten keine umfassende soziale Absicherung sowie Arbeitnehmerrechte haben. Diese Verhältnisse führen zu langfristiger (Planungs-)Unsicherheit und faktischer Rechtlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Phänomene wie Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, Minijobs, zweckentfremdete Praktika, bestimmte Formen von Teilzeitarbeit, kurz befristete Beschäftigung oder die sogenannte Scheinselbstständigkeit führen dazu, dass immer mehr junge Menschen vom „offiziellen“ Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Junge Menschen zwischen Beendigung ihrer Ausbildung bzw. ihres Studiums und einem (ersten) sozialversicherungspflichtigen Job werden zunehmend in ein Dasein am Rande dieses ersten Arbeitsmarkts gedrängt, dessen Dauer sich, bis tatsächlich der Sprung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geschafft ist, immer stärker ausweitet.

Bedenkt man, dass junge Menschen nachweislich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind und dass die Phase zu Beginn einer Erwerbsbiographie häufig die Weichen für den Grad an Wohlstand, Selbstbestimmung, relativer (Alters-)Armut und sozialer Marginalisierung für das restliche Leben stellt, so ist eine **Antwort**, die sowohl die Jugendarbeitslosigkeit als auch die Prekarität von bestehenden Arbeitsverhältnissen adressiert, **unabdingbar für eine gesunde Gesellschaft und langfristig funktionierende Sozialsysteme**. Junge Menschen brauchen ein gewisses Maß an Planungssicherheit und finanzieller Absicherung, um sich ein eigenständiges Leben aufzubauen und/oder eine Familie zu gründen. Sollte ein erheblicher Teil unserer Generation weiterhin von einer solidarischen Gesellschaft ausgeschlossen werden oder von diesem Ausschluss bedroht sein und dadurch auf lange Sicht nicht die finanziellen Mittel haben, um einen Beitrag zu den Sozialsystemen eben dieser Gesellschaft zu leisten, so bedroht die aktuelle Jugendarbeitslosigkeit die Grundlagen des europäischen Wohlfahrtsstaates.

Wir, die AG Prekär der Jusos Brüssel, **begrüßen** daher ausdrücklich

- (1) **auf deutscher Ebene** den Beschluss des SPD-Parteikonvents vom 16. Juni 2012 „Mit einer eigenständigen Jugendpolitik Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Rückhalt geben!“, der sich auf Seiten 9, 12 und 13 explizit auf die Forderung nach einer Ausbildungsgarantie, die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zwischen Ausbildungs-/Studienabschluss und Berufseinstieg sowie auf die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit bezieht.
- (2) **auf europäischer Ebene** die Kampagne „Your Future is my Future – a European Youth Guarantee now“ der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und den SPE-Präsidentschafts-Bericht zum Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit. Wir betonen jedoch, dass ein einseitiger Fokus auf Jugendarbeitslosigkeitsstatistiken die gegenwärtige Krise nicht lösen wird. Vielmehr braucht es Maßnahmen und staatliche Investitionen, die nicht nur darauf abzielen, Jugendliche für eine Zeit aus der Arbeitslosigkeit zu holen, sondern **es muss darum gehen, sie in geregelte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu bringen**. Die Jugendarbeitslosigkeit und zunehmende Prekarisierung der Arbeit von jungen Menschen braucht daher umfangreiche und aufeinander abgestimmte Maßnahmen (siehe unsere Positionen zum SPE-Papier „Combating Youth Unemployment“).

Deshalb **fordern** wir:

- (1) Die europaweite Umsetzung der von der SPE geforderten **Jugendgarantie**.
- (2) Maßnahmen im EU-Rahmen, die eine **Einführung des dualen Ausbildungssystems** dort, wo dies bisher nicht geschehen ist, begünstigen. Dies sollte einhergehen mit staatlicher Förderung von einer pro Betriebsgröße festgeschriebenen Anzahl an Ausbildungsplätzen.
- (3) Ein **Ende des Missbrauchs von Praktika**. Praktika können hilfreich sein, um jungen Menschen einen Einblick in das Berufsleben und wertvolle Anleitung bei der Berufswahl zu geben. Wenn sie jedoch, wie es derzeit häufig geschieht, reguläre Arbeitsplätze zu deutlich schlechteren sozialen und finanziellen Bedingungen ersetzen, so tragen sie zum erschwerten Zugang junger Menschen zu sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen bei. Nach erfolgreicher Beendigung einer Ausbildung oder eines Studiums sind junge Menschen reif für den Arbeitsmarkt und nicht reif für eine Serie von Praktika, die sich in vielen Fällen über Monate wenn nicht gar Jahre hinwegzieht und oftmals mit einer gesellschaftlichen Randstellung außerhalb jeglicher sozialer Absicherung einhergeht. Deshalb fordern wir, dass Praktika nach dem Ausbildungs- bzw. Hochschulabschluss die Ausnahme (z.B. zur Weiterbildung / Berufsorientierung) und nicht die Regel sind.
- (4) Für diejenigen, die ihre Ausbildung oder ihr Studium abgeschlossen haben, müssen ganz gezielt **sozialversicherungspflichtige Einsteigerstellen mit angemessener Bezahlung** und beruflicher Zukunftsperspektive in Betrieben/Unternehmen /öffentlichen Institutionen und bei sonstigen Arbeitgebern geschaffen werden. Sogenannte *Young Professional* Stellen, wie sie vereinzelt bereits existieren, sollten mit staatlichen Anreizen gefördert werden, da sie einen fairen Berufseinstieg für Hochschulabsolventen gewährleisten können.